

MITTLINKS

Dezember
8/16

Nur der aufrechte Gang
lässt uns weit blicken

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

da ist sie wieder – unsere MITTLINKS! Die Fraktion und ihre zugewählten BürgerInnen arbeiten nun seit zweieinhalb Jahren in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte – die Halbzeit der Legislaturperiode ist erreicht. Zeit zurückzublicken und mit dieser Ausgabe wieder Bericht zu erstatten. Vor allem Zeit, sich bei allen Mitwirkenden zu bedanken. Als (nur) siebenköpfige Fraktion sind wir auf die Mitarbeit der vielen zugewählten BürgerInnen, der SympathisantInnen unserer Fraktion und aller Mitglieder unserer Partei angewiesen. Ohne euch wären wir ziemlich aufgeschmissen! Das wissen wir und danken euch herzlich für eure Arbeit, vielfältige Unterstützung und motivierenden Worte!

Seit Herausgabe unserer letzten MITTLINKS im Juli 2016 ist wieder Einiges passiert. Das Amt des Bezirksamtsleiters wurde weitergegeben – wir sind geblieben und schauen Falko Droßmann wie auch schon seinem Vorgänger kritisch „auf die Finger“.

Aber damit nicht genug: Wir haben eigene Themen und linke Interessen aufs politische Tableau gebracht. Zum Beispiel berichten wir in dieser Ausgabe von unserem Kampf für eine Tempo-30-Zone in Hamm. Die Forderung nach ausreichend Sozialwohnungen ist zu einem ständigen Begleiter der Linken geworden. So machen auch wir immer wieder auf die Schieflage auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam, wie zum Beispiel beim Wohnungsneubau in Öjendorf und Mümmelmannsberg sowie in Billstedt oder wenn es um die Unterbringung von Wohnungslosen in unserer reichen Stadt geht.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit erscheint gerade in einer scheinbar entmenslichten Zeit wie dieser, in der Politiker zum Teil für ihre einfachen und polarisierenden Lösungen gewählt werden, mehr als notwendig. Solidarität – eine der Hauptlosungen unserer Partei – appelliert an den Gemeinschaftssinn unter uns allen. Eine geeinte und solidarische Gesellschaft ist unser Ziel. Dem haben wir uns auch auf der Bezirksebene verschrieben. Wir gehen aufrecht!

Die Veddel ist ebenfalls vom Bauboom betroffen und soll stadtpolitisch weiter erschlossen werden. Unsere Kampfansage gilt auch hier profitgierigen Baugesellschaften. Die soziale Spaltung macht auch vor der Veddel nicht halt – dies gilt es im Blick zu behalten, dagegen anzustinken und gemeinsam mit den BewohnerInnen für eine sozial-gerechte „Insel“ einzustehen. Gehen wir weiter Richtung Süden, wartet das nächste Bauprojekt: Die geplante Hafenquerspanne beschäftigt die BewohnerInnen Wilhelmsburgs seit vielen Jahren und der Bau hat deutliche Auswirkungen auf ihre Lebensumgebung und -qualität. Wir berichten außerdem über die seit Langem kaputtgesparte Stadteilkultur und welche Forderungen die Linke dazu aufstellt, um diese zu erhalten und zu fördern.

Der Bunkeraufbau am Heiligengeistfeld hat uns in den zurückliegenden Monaten beschäftigt – mit dem entsprechenden medialen Interesse. Inzwischen ist klar: Rot-Grün hat dem überdimensionierten Aufbau mit nur marginalen Auflagen zugestimmt. Wir nicht! Und wir bleiben auch weiterhin mit den Menschen in St. Pauli im

Gespräch. Denn unser Widerstand geht weiter, wenn die etablierte Politik bereits beim Kaffee-Kränzchen mit den Investoren sitzt.

Ein dicker Hammer kommt noch: Der G20-Gipfel schwebt über unserer Stadt, das geht auch und vor allem am Bezirk Mitte nicht vorbei. Welche Auswirkungen und Einschränkungen wird eine solche Mega-Veranstaltung der Mächtigen für die BewohnerInnen haben? Auch dieses Thema soll hier genauer beleuchtet werden.

Wir wünschen euch und uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den Freunden unserer Fraktion!

*Wir wünschen eine aufschlussreiche Lektüre,
die Redaktion*

Inhalt

► Wohnen kann jedeR	4
► Die neuen Quartiere für Öjendorf und Mümmelmannsberg	6
► Stadtteilkultur braucht auskömmliche öffentliche Mittel	8
► Flakbunker auf dem Heiligengeistfeld an der Feldstraße	10
► Wer ist hier das Verkehrs-Hindernis?	11
► Neue Pläne für den Veddeler Norden	14
► Keine Hafenquerspange durch Wilhelmsburg	16
► Endlich beseitigt: Der Stein des Anstoßes in Mümmelmannsberg	17
► G20-Gipfel in Hamburg-Mitte: Sie sind nicht willkommen!	18
► Ausschuss- und Beiratsmitgliederliste (2016)	20
► Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	23

Haushalt aktuell (16.11.16)

Senat spart dringend nötige Stellen in den Bezirksämtern weg!

Wegen neuer Regelungen zum Unterhaltsvorschuss brauchen die Bezirksämter ab Jahreswechsel mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Beamtenbund rechnet mit 30 nötigen Stellen, auch der Leiter des Bezirksamts Bergedorf hat auf den Mehrbedarf aufmerksam gemacht. „Dieser Bedarf war genauso abzusehen wie die Neuregelung, die dazu führt“, erklärt dazu Stephan Jersch, bezirkspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Damit müssen sich die Bezirksämter schon seit Monaten beschäftigen. Doch im Haushaltsplan des rot-grünen Senats spielt das gar keine Rolle. Das zeigt, was die Bezirke dem Senat noch bedeuten: Auf ihre Kosten und auf Kosten der Kundennähe wird auf Biegen und Brechen gespart, gleichzeitig werden die Zentralapparate in den Behörden aufgestockt.“ Für den nächsten Doppelhaushalt sehen SPD und Grüne einen weiteren Stellenabbau in den Bezirken vor. Bisher haben sich die Bezirke dazu nicht geäußert. „Gut, dass endlich erster Widerspruch gegen das Spardiktat des Senats aus den Bezirken kommt“, so Jersch. „Hoffen wir, dass dieses späte Signal aus den SPD-geführten Bezirken noch Wirkung zeigt.“

Wohnen kann jedeR

In Hamburg sind rund 10.000 Menschen wohnungslos. 2.000 von ihnen leben auf der Straße, 8.000 leben in öffentlichen Wohnunterkünften, Übernachtungsstätten wie dem Pik As, in Asylunterkünften oder Hotels (Zahlen der Diakonie Hamburg).

Wohnen kann zunächst einmal jedeR – bei manchen ist Unterstützung und Betreuung notwendig. Das Problem ist jedoch nicht der wohnungslose Mensch, sondern das Fehlen von Wohnraum im niedrigen Preissegment. Wohnen kann jedeR, aber nicht jedeR kann wohnen. Denn dass jedeR Wohnungslose in Hamburg eigenen Wohnraum hat, ist kein politisches Ziel der etablierten Politik. Es gilt nicht, Wohnungslosigkeit tatsächlich zu beseitigen. Das Ziel ist vielmehr, die Zahl zwar möglichst klein zu halten, aber nicht alle Menschen aus der Obdachlosigkeit zu befreien. So weit geht die Verantwortungsübernahme des Sozialstaates nicht, denn die Befürchtung, dies würde weitere Bedürftige aus dem ganzen Bundesgebiet in diese Stadt locken, ist groß und mächtig. Die Kunst des Hamburger Senats scheint vielmehr darin zu bestehen, die Waage zwischen sozialer Hilfe für Wohnungslose und bewusst in Kauf genommener Obdachlosigkeit im Gleichgewicht zu halten. Wohnen soll nicht jedeR.

Aus meinem Arbeitsalltag als Bewährungshelferin weiß ich, dass jedes Mal, wenn ein wohnungsloser Mensch zu mir kommt, eine lange Suche nach einer Unterkunft und ein fast aussichtsloser Kampf um eine eigene Wohnung beginnt. Diese Notlage



einiger meiner KlientInnen macht es notwendig, dass alle Kräfte und Ressourcen auf die Wohnungssuche gebündelt werden, für andere Themen und echte Beratung bleibt kein Raum mehr. Betreuung und Beratung beginnt dann häufig erst, wenn der „Feuerwehreinsatz“ rund um die Unterkunftssuche beendet und die Existenz nicht mehr akut bedroht ist. Das kann Monate, in manchen Fällen auch Jahre dauern. Wohnen will fast jedeR.

Dass Schadensbegrenzung im Falle von Wohnungslosigkeit nicht ausreicht, ist jedem Menschen wohl einleuchtend, wenn er sich nur einmal vorstellt, eine Nacht Ende Oktober im Freien zu verbringen und dass die Suche nach einem trockenen und möglichst warmen Schlafplatz fortan sein Leben bestimmen würde. Das damit verbundene Leid soll jedoch möglichst nicht an die Öffentlichkeit geraten. Und so tut die etablierte Politik das, was sie meist tut, wenn ihr am öffentlichen Stadtbild etwas nicht gefällt: Sie räumt auf und macht sauber. So hielt es auch der Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte und ließ den Hauptbahnhof Ende Oktober 2016 von „Unrat“ räumen. Dass er damit auch Menschen vertreibt, war der Aktion einbegriffen und von ihm durchaus beabsichtigt: „Wenn ich die Abwasserauswurfanlage vor dem Hachmannplatz abbaue, dann hat der Kumpelskreis von Bulgaren, der dort immer sitzt, diese Fläche nicht mehr. Ja, das ist dann so“, ließ er gegenüber Hinz & Kunzt verlautbaren. Es ist das alte politische Spiel, dass man Menschen am Rande der Gesellschaft am liebsten ganz aus ihr verbannen, sie zumindest unsichtbar machen möchte. Nun könnte man ihnen einfach ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen, doch das Ziel ist ein anderes: Sie sollen nicht gesehen werden. Im Falle des Hauptbahnhofs reicht es dann auch aus, wenn man sie 300 Meter weiter schickt, dorthin, wo sie weniger ins Auge fallen. Das ist die Konsequenz für die betroffenen Menschen: Sie werden verschoben. Sozialen Problemlagen begegnet man mit Ordnungspolitik. Wohnen ist aber ein sozialer Anspruch und verlangt daher soziale Maßnahmen. Wohnen muss jedeR. In unserer Gesellschaft hängt ein Fädchen am anderen, es gibt keine Individuen, die nicht mit der Gesamtgesellschaft in irgendeiner Form verbunden wären. Wenn man also an einem Fädchen zieht, wird sich das andere ebenfalls bewegen – wie bei einem Mobile. Wenn ich den Druck auf obdachlose Menschen durch Vertreibung erhöhe, wird das Auswirkungen auf alle Menschen in einer Stadt haben. Wenn ich den Druck entsprechend verringere, wird die Gesamtbevölkerung ebenfalls die Auswirkungen spüren. Soziale Fragen brauchen soziale Antworten.

Sozialer Wohnungsbau und die Erhaltung der Sozialbindungen, die Ausweitung des Beratungsangebots für Wohnungslose, die finanzielle Sicherung sozialer Einrichtungen, der Ausbau von Streetwork zum Beispiel am Hansaplatz und Hauptbahnhof sind deshalb auch weiterhin unsere Forderungen für eine soziale Stadt und ein menschenwürdiges Leben aller.

► **Ina Morgenroth**, Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

Die neuen Quartiere für Öjendorf und Mümmelmannsberg

Fortführung einer unsozialen Stadtpolitik des rot-grünen Senats

Seit Jahren gehen die freien, innerstädtischen Flächen der Hansestadt Hamburg zurück. Verantwortlich dafür ist unter anderem die gängige Praxis des jeweils regierenden Senats, noch freie Flächen oder eigene Grundstücke an private Investoren unter Wert zu verschern.

Das neueste Beispiel geht aus der Pressemitteilung des Senats vom 28.10.2016 hervor. Wie schon im Konzept „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ vorgeschlagen, sollen neue Wohnquartiere in Oberbillwerder, Öjendorf und Mümmelmannsberg entstehen. Die Konsequenz: wieder einmal werden noch städtische Flächen an private Investoren vergeben und die Bewohner dieser Stadtteile wurden – wie so häufig zuvor – nicht in die Planungen einbezogen.

Besonders pikant: In Öjendorf gab es offiziell keine freien Flächen mehr, sodass die gebauten Flüchtlingsunterkünfte in den Landschaftsschutzgebieten errichtet werden sollten. Nach der Vereinbarung mit der Volksinitiative „Hamburg für gute Integra-

tion“ sind nun auf einmal wieder freie städtische Flächen vorhanden, die freigiebig verschern werden. Nachdem das Olympia-Referendum gescheitert ist, versucht der Senat mit dem Bau von Flüchtlingsunterkünften auf geschützten Gebieten seine Praxis der Privatisierung stadteigener Flächen zu verwirklichen.

Durch die neuen Quartiere, die in Öjendorf als „Neue Gartenstadt“ und in Mümmelmannsberg als „Internationales Quartier“ entstehen sollen, werden die Mieten steigen. Neue Wohnungen mit sozialer Bindung wird es kaum bis sehr wenige geben, stattdessen sollen schicke Einfamilienhäuser und Reihenhäuser entstehen. Dies wird zur Folge haben, dass die bisherigen EinwohnerInnen dieser Stadtteile künftig Probleme haben werden, die Mieten zu bezahlen.

Durch die neuen Quartiere, die in Öjendorf als »Neue Gartenstadt« und in Mümmelmannsberg als »Internationales Quartier« entstehen sollen, werden die Mieten steigen.

DIE LINKE will eine andere Stadtplanung

Die Linke fordert deshalb seit Jahren, endlich zu einer sozialen und solidarischen Stadt(teil)planung zu kommen, die ein lebenswertes Viertel für alle Menschen und Schichten ermöglicht. Anstatt auf teure Bauten von Immobilien(hai)gesellschaften zu setzen, ist es wichtiger, eine gute soziale Infrastruktur für ganz Hamburg zu erreichen. Statt der Verdrängung von Menschen, sogenannter Gentrifizierung, ein soziales Miteinander aller Menschen in diesen neuen Wohnquartieren.

Das bedeutet, in den Stadtteilen genügend grüne Freiflächen zu haben, Jugendtreffs und Kulturzentren, ausreichend viele Kindertagesstätten, Bildungs- und Gesund-

heitseinrichtungen, gut ausgebaute ÖPNV-Anbindungen in das Zentrum der Stadt sowie ein dauerhaft bezahlbarer Wohnraum.

Durch die „Aufwertung“ werden vor allem die Menschen aus den Quartieren gedrängt, die dort zum großen Teil schon immer lebten und ihre Viertel dadurch aktiv mitprägten. Man kann eine soziale, solidarische Stadt für alle erreichen, Städte wie Wien, wo 90% der BewohnerInnen in sozial geförderten Wohnungen leben, machen es vor.

Geld ist genug da, der politische Wille des Senats aber nicht!

Andere machen es besser

Dabei macht es uns die Großstadt München gerade vor, dass es auch anders geht. Dort wurde erkannt, dass ein fast ausschließlich an Investoren und Spekulanten abgegebener Wohnungsbau, inklusive der Vergabe stadteigener Flächen, nicht zu dem erwünschten Erfolg führt, alle Menschen mit entsprechendem Wohnraum zu versorgen. Denn der Bau von sozialgebundenem Wohnraum blieb dabei auf der Strecke, aber genau dort liegt der größte Bedarf in Hamburg und Hamburg-Mitte.

In München will man nun andere Wege gehen, andere Großstädte werden folgen. Dort hat man erkannt, dass der neoliberale Markt eben nicht die Nachfrage des Wohnungsmarktes regelt. Und dass der Wohnungsbau eine kommunale Aufgabe ist, bei der man sich nicht auf die Investoren und Spekulanten verlassen darf, denen es nur um Gewinne geht.

Für die meisten der ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften werfen diese Bauvorhaben angeblich nicht genug Gewinn ab. Denn mit feinen Stadthäusern und Stadtvillen sowie Wohnungen mit gehobener Ausstattung bzw. Eigentumswohnungen lässt sich nun mal mehr verdienen. Gemeinnütziger Wohnungsbau hatte sich einmal dem Gemeinwohl verpflichtet, davon ist heute nicht mehr viel zu sehen. Darum streitet DIE LINKE für eine „neue Gemeinnützigkeit“¹. Es befinden sich trotz jahrelangen Ausverkaufs noch einige Flächen im Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg. Durch großflächige Änderungen der Bebauungspläne (B-Pläne) könnte sich die Stadt die Vorkaufsrechte einräumen und weitergehende B-Plan-Änderungen erfolgen erst dann, wenn sich alle Grundstücke im B-Plan Gebiet im Besitz der Stadt Hamburg befinden würden. Durch das Vereinnahmen des Planungsgewinnes – der sonst üblicherweise den Investoren und Spekulanten überlassen wird – durch die Freie und Hansestadt Hamburg, ließe sich das meiste davon finanzieren.

Wir sind gespannt, wann Hamburgs Senat endlich erkennt, was die BürgerInnen dieser Stadt seit langer Zeit wirklich brauchen, nämlich bezahlbaren Wohnraum!

► **Maureen Schwalke**, Stadtplanungsausschuss / Mehmet Yildiz, MdHBü

1 siehe Broschüre im Internet: www.linksfraktion.de/publikationen/detail/gemeinnuetzigkeit-versus-profitlogik-vorschlaege-fuer-einen-neue-soziale-wohnungspolitik/)

Stadtteilkultur braucht auskömmliche öffentliche Mittel

Oder: Ein Schelm, der Böses dabei denkt

Kultur aus dem Stadtteil für den Stadtteil, Bildung, Integration und Teilhabe für alle, das ist es, was die Stadtteilkulturzentren (zum Beispiel die Honigfabrik in Wilhelmsburg oder der Kulturladen Hamm) und Geschichtswerkstätten leisten wollen und sollen.

Das geschieht weitgehend ehrenamtlich, braucht aber eine verlässliche finanzielle Grundausrüstung aus öffentlichen Mitteln. Die heißen dann im Hamburger Haushalt „Rahmenzuweisung Stadtteilkultur“ und sind seit 2009 (!) nicht erhöht worden. Nicht nur die CDU, auch Rot-Grün bewerten die Stadtteilkultur trotz aller Sonntagsreden also offenbar als verzichtbar. Sonst hätte man nicht über so viele Jahre tatenlos zugesehen, wie der Stadtteilkultur angesichts der Kostensteigerungen langsam die Luft ausgeht.

Für den Doppelhaushalt 2017/18 bahnt sich jetzt ein Umdenken an, immerhin um 400.000 € soll die Rahmenzuweisung angehoben werden. Nur leider beziffern die Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten den aufgelaufenen (Fehl-)Bedarf auf über 4 Mio. €. Im Prinzip finden die bezirklichen KulturpolitikerInnen das auch nachvollziehbar und berechtigt, jedenfalls im kleinen Kreis und wenn die Fraktionsvorsit-



Foto: Eva Rozanski



Foto: M. Fisch

zenden nicht dabei sind. Im Kulturausschuss waren alle einig, dass die Erhöhung bei Weitem nicht ausreicht und in keiner Weise die von der Bezirksversammlung im November 2015 beschlossenen Forderungen erfüllt¹.

Um noch Einfluss auf die aktuellen Haushaltsberatungen nehmen zu können, hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in den Hauptausschuss der Bezirksversammlung am 6.9.2016 eingebracht, der den Senat auffordert, die Rahmenzuweisung so anzuheben, dass die aufgelaufenen Defizite gedeckt und neue Initiativen mit einer Grundförderung versehen werden können (Drucksache 2457, gleicher Link wie oben). Ein Selbstgänger?

Nein. Die VertreterInnen von Rot-Grün zeigten „Verständnis“ für den Antrag, mussten ihn aber zu ihrem Bedauern ablehnen, da man den Herrn Bezirksamtsleiter nicht zu „monothematischen Gesprächen“ mit dem Senat zwingen könne. So viel zur Ernsthaftigkeit des Eintretens für die Stadtteilkultur.

Inzwischen haben sich die Bezirksamtsleiter auch noch darauf geeinigt, dass die Erhöhung nicht im Bestand (der vorhandenen Einrichtungen) aufgeteilt werden soll, sondern nach Bevölkerungszahl, so dass in Mitte nicht einmal mehr die erhofften 74.000 €, davon 30.000 € zur Förderung neuer Projekte, sondern entsprechend weniger ankommen wird. Die Koalitionäre im Kulturausschuss finden das in Ordnung.

Siehe Überschrift.

► **Bernhard Stietz-Leipnitz**, Kulturausschuss

1 Drucksache 1571, im Netz unter <https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/allris.net.asp> zu finden.

Antrag Fraktion DIE LINKE vom 22. Juni 2016

der Abgeordneten Christine Detamble-Voss, Steffen Leipnitz, Ina Morgenroth, Tim Eckbrett, Maureen Schwalke, Stefan Dührkop, Tilman Rosenau (DIE LINKE.)

Flakbunker auf dem Heiligengeistfeld an der Feldstraße

Eigentlich wollten wir einen Artikel zum Bunkeraufbau St. Pauli für diese Ausgabe schreiben. Als wir unseren Antrag, den wir in die Bezirksversammlungssitzung vom 23. Juni einreichten, nochmal gelesen haben, entschieden wir uns um. Dieser stellt nämlich alles dar. Die „Regierungsmehrheit“ von SPD und Grünen hat ihn einstimmig abgelehnt. Die inhaltliche Arbeit hat unsere zugewählte Bürgerin im Cityausschuss, Theresa Jakob, geleistet.

Der Flakbunker wurde 1942/43 von über 1.000 Zwangsarbeitern innerhalb von 300 Tagen errichtet. Dieses letzte Mahnmal seiner Art gegen Krieg und Verfolgung muss in seinem Zweckcharakter erhalten werden. Wir stimmen dem Denkmalrat zu, der im Hamburger Abendblatt vom 14.6.2016 wie folgt zitiert wird: „... das Projekt einer Aufstockung und Begrünung würde den Mahnmalcharakter des Denkmals nicht nur beeinträchtigen, sondern vollkommen unkenntlich machen.“

Der Investor plant auf fünf Etagen (7.500 qm Bruttogeschossfläche) u.a. ein Viersterne Hotel mit ca. 150 Zimmern sowie die Errichtung einer Eventhalle für über 2.000 Besucher. Allein die Eventhalle wird das Wohnquartier mit über 100.000 Besuchern im Jahr zusätzlich belasten.

Diesen Plan des Investors als „Geschenk“ für die AnwohnerInnen zu verkaufen, ist ein schlechter Witz. Eine Grünanlage in dieser Höhe (58 Meter) ist so winzig, dass von einem Park keine Rede sein kann. Die Begrünung des Bunkers war von Anfang an ein „Werbegag“.

Dies vorausgeschickt möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Der Bunker soll in seiner jetzigen Form als Denk- und Mahnmal erhalten bleiben.
2. Das geplante Gewerbebauprojekt, wie auch jegliche zukünftige Aufstockung, wird abgelehnt.
3. Der Bezirksamtsleiter setzt sich bei der zuständigen Fachbehörde dafür ein, dass eine Gedenkstätte eingerichtet wird und dass eine Gedenktafel vor dem Bunker aufgestellt wird.



Wer ist hier das Verkehrs-Hindernis?

Die Caspar-Voght-Straße in Hamm:
Tempo 50 wider besseres Wissen

Foto: Markus Izzo

Auf den ersten Blick möchte man an dieser gut einen Kilometer langen Straße mit ihrem Kopfsteinpflaster, den Baumreihen an den Seiten und in der Mitte kaum etwas ändern.

Gesäumt von Klinkerbauten führt sie vom Horner Weg im Süden bis zur Bahnstation Hasselbrook im Norden, vorbei am Hammer Park, am Ballettzentrum, der Bugenhagenschule, der Kita der Pauluskirche, wenigen Geschäften und vielen Wohnungen.

Doch als sie in den 1920er Jahren angelegt und in den 1950er Jahren nach den Kriegszerstörungen wiederaufgebaut wurde, gab es deutlich weniger Autos dort. Sie stellen heute das Hauptproblem für Luft- und Lärmbelastung sowie Platzverbrauch dar – wie in vielen Durchgangs- und Wohnstraßen der dicht besiedelten Quartiere. Dies wird von den Betroffenen vor Ort schon seit Längerem angesprochen und eine Veränderung angemahnt. Dabei tun sich jedoch Stolperfallen auf. Zum einen verhindert Parteitaktik gelegentlich eine einheitliche Äußerung. Zum anderen fallen den Verkehrs-Verantwortlichen in der Verwaltung viele Gründe ein, um den Autoverkehr möglichst ungehindert „fließen“ zu lassen – zulasten der lärmgeplagten BewohnerInnen, auf Kosten der Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern.

Verbesserung der Verkehrssituation bereits 2013 gefordert

2013 hatten wir einen Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung von Caspar-Voght-Straße und Sievekingsallee eingebracht, der im Regionalausschuss einstimmig beschlossen und in der Bezirksversammlung bestätigt worden war. Ziele waren eine fußgängerfreundlichere Ampelschaltung, Geschwindigkeitskontrollen und Rotlichtüberwachung sowie das Verbot von Wendemanövern. Geändert

wurde nichts, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation ebenso wie die Polizei bewerteten die Gefahrensituation als „unauffällig“ (Drucksachen-Nr. XX/4275.2 vom 13.12.2013).

Im Juni 2016 gab es dann, angestoßen von BürgerInnen auf der Plattform nebenan.de, einen Anlauf zur Geschwindigkeitsbegrenzung in der Caspar-Voght-Straße. DIE LINKE nahm das Anliegen ernst und wollte den Antrag in Zusammenarbeit mit der Anwohnerinitiative einbringen. Vorherige Gespräche mit SPD und Grünen ergaben, dass eine Tempo-30-Zone keine Mehrheit im Ausschuss finden würde. Vor allem die SPD bremste: Die AnwohnerInnen sollten sich Schallschutzfenster einbauen, zudem würde sich die 116er-Buslinie verzögern.

Kehrtwende – Tempo-30-Anordnung

Im Regionalausschuss am 14. Juni folgte die Kehrtwende: SPD und Grüne reichten einen Antrag für eine „Tempo-30-Anordnung“ ein – ohne DIE LINKE. Dass ein interfraktioneller Antrag mehr Gewicht gehabt hätte, zählte offenbar weniger als die eigene Profilierung. DIE LINKE brachte einen Ergänzungsantrag zur Errichtung eines Fahrradschutzstreifens ein, der wiederum von SPD und Grünen abgelehnt, von der CDU unterstützt wurde. Im September demonstrierten AnwohnerInnen und Kinder der Paulusschule mit vielen selbst gemalten Schildern für Tempo 30.

Die Straßenverkehrsbehörde beschied jedoch im Regionalausschuss im Oktober den Antrag ablehnend (Drucksachen-Nr. 21-2333.2):

- ▶ Bestehende Fußgängerüberwege müssten in einer Tempo-30-Zone „weggeordnet“ werden.
- ▶ Die Straße sei von stadtteilverbindender und übergeordneter Bedeutung.
- ▶ Die Buslinie 116 mache die Straße zum Teil des „Vorbehaltsstraßennetzes“.
- ▶ Der Eingang der Bugenhagenschule befinde sich in der Nebenstraße, was die Kita betreffe, so müsse die Ausgestaltung des Bundesrechts abgewartet werden (s.u.).
- ▶ Es komme nur vereinzelt zur Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometern.
- ▶ Die Lärmbelastung könne nur durch das Überbauen des Kopfsteinpflasters reduziert werden.

Berlin beschließt Novelle der Straßenverkehrsordnung

Dabei hätte der Ausschuss auf Rückendeckung aus Berlin hoffen können. Das Bundesverkehrsministerium hat eine Novelle der Straßenverkehrsordnung beschlossen. Diese soll es künftig einfacher machen, vor Grundschulen, Kindergärten und Altenheimen die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h anzuordnen – auch an Hauptverkehrsstraßen. Dabei sollte die Vorschrift entfallen, dass dort ein Unfallschwerpunkt nachgewiesen werden muss. Die Polizei nahm zunächst aufgrund eines Personalwechsels keine Stellung. In ihrer späteren Stellungnahme teilte sie mit, dass man erst einmal abwarten wolle, wie das Bundesrecht ausgestaltet werde.



Caspar-Voght-Straße auf der Höhe der Griesstraße, November 2016.

Radverkehr bleibt holperig

Auch die Regelung des Fahrradverkehrs ist hindernisreich. Ein Radweg existiert nicht, das Fahren auf dem weniger als zwei Meter breiten Fußweg ist untersagt, es soll die holperige Fahrbahn benutzt werden. Ein Radfahrstreifen wird bei Beibehaltung von Tempo 50 empfohlen, bei Tempo 30 sei er nicht vorgesehen.

Auf Begeisterung stieß die Stellungnahme der Behörde selbstredend nicht. Sie unterlässt die Unterscheidung zwischen Tempo-30-Zone und -Anordnung (bei letzterer sind Zebrastreifen durchaus möglich) und ist den BürgerInnen kaum begreiflich zu machen. Auf eine kurzfristige Entlastung werden sie nicht hoffen können.

Dabei ist festzuhalten: So sehr ein Umbau ebenfalls wieder eine (zeitweise) Lärmbelastung für die AnwohnerInnen (und durch Umwegeverkehr für die umgebenden Straßen) bedeutet, so stellt sich doch auch hier die Frage: Wie wollen wir in der verdichteten Stadt einen möglichst umwelt- und gesundheitsverträglichen Nah- und Durchgangsverkehr gestalten? Hierzu erscheint eine – mit Bürgerbeteiligung durchgeführte – Überplanung und Neugestaltung unabdingbar: der Ersatz des Kopfsteinpflasters durch leiseren Asphalt – und eine Tempo-30-Beschränkung. Und insgesamt die Einbettung in eine Verkehrspolitik, die jeden Schritt weg vom eigenen Auto mit positiven Anreizen belohnt – dazu gehört letztlich auch ein fahrscheinfreier öffentlicher Nahverkehr. Im Umfeld der Caspar-Voght-Straße (mit S- und U-Bahn- sowie Busverbindung) bestehen dafür vergleichsweise gute Voraussetzungen. All dies wären Beiträge, die Infrastruktur und damit den Alltag ganz „normaler“ Menschen zu verbessern – sollte das in Zeiten der „Politikverdrossenheit“ so eine abwegige Idee sein?

- **Marion Fisch**, Mitglied für DIE LINKE im Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort

Neue Pläne für den Veddeler Norden

Chance oder Hafencity 3.0?

Mit Veddeler Norden ist das alte Freihafen- und Zollgebiet auf der Veddel gemeint. Über die Grenzen der Veddel bekannt ist die Fischbratküche, die sich auf diesem Gelände befindet.

Wir Veddeler/innen erinnern uns gerne an den Alten Zoll, denn der hatte am Wochenende zu, also null Lkw- und Pkw-Verkehre. Derzeit haben wir eine unsägliche Verkehrsbelastung von bis zu 10 Lkw pro Minute.

Diese Entwicklung hat der Stadtteilbeirat Veddel/Kleiner Grasbrook schon 2015 thematisiert:

„Bisher hat der Stadtteilbeirat Veddel stets vertreten, dass das Gebiet zwischen Passierzettel und Norderelbe sich durch seine unmittelbare Nähe zu großen Wohnblöcken nicht für die Aufnahme großer Verkehrsströme mit hohem LKW-Anteil eignet (vgl. etwa Beschluss vom 3.2.2009). Das 2013 durchgeführte Deichparkverfahren, in dem ein vierspuriger Ausbau der Haupthafenroute im Veddeler Norden gesetzt war, hat nachgewiesen, dass trotz der großen Verkehrsmenge eine gute städtebauliche Entwicklung des Veddeler Nordens umsetzbar ist. Einer möglichen städtebaulichen Entwicklung steht aber die Planung, wenn auch derzeit nicht aktiv verfolgt, für eine LKW-Vorstauffläche entgegen und schafft Planungsbefangenheit.“

Das Straßennetz nicht nur im Norden der Elbinseln befindet sich am Rande seiner Leistungsfähigkeit und oft darüber hinaus. So hat beispielsweise die angekündigte Sperrung der Süderelbe-Brücke an einem Sonntag im Juli 2015 dazu geführt, dass sich der Verkehr stundenlang in allen Straßen der Veddel gestaut hat. Das bestehende Straßennetz ist nicht in der Lage, die prognostizierten zusätzlichen 25.000 Fahrten täglich durch die Olympic City aufzunehmen, ganz zu schweigen von den Verkehren während der Olympiade und der Paralympischen Spiele.“

Am 4.2.16 gab es dazu eine Drucksache im Ausschuss Wohnen und Stadtentwicklung, in der das Fachamt Stadt und Landschaftsplanung (SL) dazu diese Stellungnahme tätigte:

„... Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung unterstützt die in Rede stehende städtebauliche Entwicklung des Veddeler Nordens ausdrücklich.“

Seite: 2/2: „Der Leitungsausschuss für die Programmsteuerung (LAP) hat am 09.12.2015 entschieden, dass für das in der Nachsorge befindliche Fördergebiet Veddel im 1. Halbjahr 2016 die programmatische Perspektive geprüft und ein Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) aufgestellt wird mit dem Ziel, eine Neuanmeldung im RISE Kontext zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird die städtebauliche Entwicklung des Veddeler Nordens eine zentrale Rolle spielen ...“

In der Drucksache Nr. 21-1854 sind auch alle Forderungen des Beirates aufgelistet und eine ausführliche Antwort des Fachamtes.

Hiermit wollte ich deutlich machen, dass es schon länger Überlegungen für dieses Gebiet gab und gibt, manche davon stammen noch aus der Zeit von IBA und IGS.

Wir wollen mitbestimmen!

Aber jetzt zur Gegenwart. Das Fachamt SL hat der Veddeler erste Konzeptentwürfe für den Veddeler Norden vorgestellt. Es soll eine Mischung aus studentischem und Auszubildendenwohnen sowie normalem Wohnraum geben, mit einem großen Anteil von Gewerbe.

Alles schön anzusehen.

Aber nun zum Kernpunkt meiner Kritik. Wem gehört die Stadt?

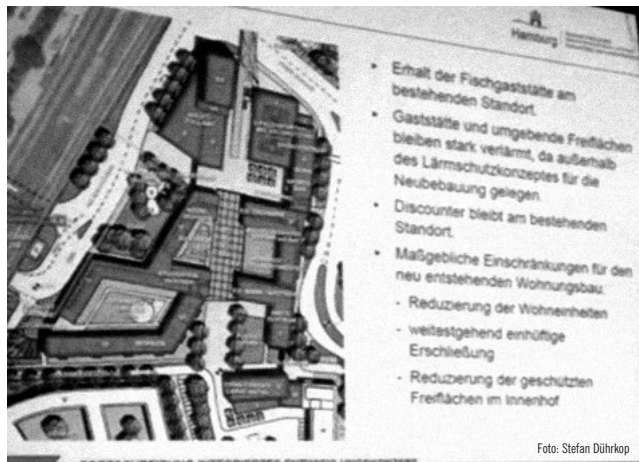
Der Veddeler Norden gehört der HPA (Hamburg Port Authority) und ein kleiner Teil dem Bund. Das bedeutet, dass der Bezirk zwar die Bebauungspläne erstellt, aber die Bezirksversammlung Mitte mit ihren Ausschüssen bis hin zum Stadtteilbeirat Veddeler/Kleiner Grasbrook keine direkten Entscheidungen oder Beschlüsse zu diesem Gebiet fällen kann. Oder dass Veddeler/innen, die sich in Arbeitsgemeinschaften oder Initiativen organisieren, sich in weiteren Entscheidungsprozessen nicht an die Bezirkspolitik wenden können, sondern sich gleich mit dem Senat auseinandersetzen müssen.

Im schlimmsten Fall wird hier eine Hafencity Veddeler 3.0 entstehen, die durch ihre Wohn- und Gewerbemieten das soziale Gefüge auf der Veddeler nachhaltig zerstört.

Hier geht es akut um die Mitgestaltung aus der Veddeler heraus. Deswegen muss hier LINKE Politik ansetzen, das Recht auf Stadt durchsetzen, das heißt, das Gelände muss in den Besitz des Bezirks Mitte, es darf kein Ausverkauf an profitgierige Investoren geben.

Es müssen (Erb-)Pachtverträge für Genossenschaften und Saga/GWG für Wohnen und Gewerbe erarbeitet werden. Keine Projekt Entwicklung über die profitorientierte IBA GmbH. Mitgestaltung muss den Menschen der Veddeler von Anfang an möglich gemacht werden.

Ich werde dies jedenfalls auf der Veddeler, mit meinen Nachbarn und allen Veddeler-Sympathisanten fordern, und in der Bezirksversammlung, den Ausschüssen und dem Stadtteilbeirat dafür kämpfen und gerade stehen.



► **Stefan ‚Teddy‘ Dührkop**, stv. Fraktionsvorsitzender, Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

Keine Hafenquerspange durch Wilhelmsburg

Seit vielen Jahren gibt es eine rege Diskussion über die Frage, ob in Wilhelmsburg die Hafenquerspange (HQS) notwendig ist.

Die Befürworter bringen als Hauptargument eine Verbesserung der Verkehrssituation auf der Insel in die Diskussion ein. Die Gegner betonen, dass eine zusätzliche Autobahn Wilhelmsburg viel mehr Belastungen durch steigendes Verkehrsaufkommen bringen wird. Zusätzlich durchschneidet die geplante Autobahn Wilhelmsburg erneut, was gerade durch die ebenfalls umstrittene Verlegung der Reichsstraße beseitigt werden soll.

Alle Argumente werden seit vielen Jahren in den Diskussionen immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt. Oft ändern sich nicht einmal mehr die Satzstellungen.



Die Trasse der HQS soll – je nachdem, welche Variante diskutiert wird – den Kinderbauernhof in Kirchdorf-Süd bedrohen. Die heute als Auslaufläche für ein Pferdegestüt dienende Wiese neben dem Kinderbauernhof ist ebenfalls bedroht. Auch diese Tatsachen sind hinlänglich bekannt.

In den 90er Jahren gab es in Wilhelmsburg noch einen Ortsausschuss. Das war der

Vorgänger des heutigen Regionalausschusses. Die Fraktion der Grünen brachte damals einen Antrag im Ortsausschuss ein mit der Forderung, für muslimische Bestattungen einen notwendigen Waschraum und ein Beerdigungsfeld zu errichten. Dieser Antrag für den Friedhof Finkenried wurde von den drei Fraktionen SPD, Grüne und CDU einstimmig beschlossen.

Nun gibt es seit einiger Zeit auf dem Friedhof Finkenried keine Beisetzungen nach muslimischem Brauch mehr, weil auch die Friedhofsfläche vom Bau der HQS bedroht ist. Das bedeutet nicht unbedingt, dass nur der muslimisch genutzte Teil des Friedhofes betroffen wäre. Auch weitere Ausdehnungen sind durchaus denkbar.

Die LINKE setzt sich dafür ein, die HQS nicht zu bauen:

- ▶ Wir brauchen keine weitere Autobahn durch Wilhelmsburg.
- ▶ Wir brauchen den Kinderbauernhof, wir brauchen die Wiesen daneben und wir brauchen unseren Friedhof Finkenried.
- ▶ **Manfred Schubert**, Ausschuss für Umwelt und Verkehr, Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Endlich beseitigt

Der Stein des Anstoßes in Mümmelmannsberg

Zur Wahlveranstaltung im Gemeindezentrum Mümmelmannsberg gab ich einst allen dort anwesenden MümmelmannsbergerInnen das persönliche Wahlversprechen, eine von den EinwohnerInnen lange geforderte öffentliche Toilette nach Renovierung wieder in Betrieb zu nehmen bzw. durch einen Neubau zu ersetzen.

Nach endlosen Anfragen und Anträgen im Regionalausschuss Billstedt sowie im Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg (Müberg), ständigen für die Verantwortlichen penetranten Nachfragen bezogen auf die Toilette, kam es nun zu folgender überraschender Mitteilung im Sanierungsbeirat Müberg: „Die öffentliche Toilette ist nun offiziell zugesagt worden!“

Herr Mathe, Leiter des Amtes Stadt- und Landschaftsplanung (SL) des Bezirks, hatte dies in der letzten Sitzung des Beirates im Konferenzraum der Gesamtschule Müberg bestätigt.

Lange Zeit stellte sich vorher die Frage der Instandhaltung, Pflege und Sauberkeit der Toilette, deshalb wurde lange nach einer Lösung gesucht. Dazu war angedacht, die Pflege der Anlage durch oder eine Toilette in einem Geschäft bzw. einem gastronomischen Betrieb, Kiosk und ähnlichem anzusiedeln.

Da dies letztendlich nicht realisierbar war, wurde nun dem Druck und Drängen der politischen und außerparlamentarischen AkteurInnen zu meiner und unserer Freude entsprochen!

Künftig wird die Stadtreinigung diese und andere öffentliche WC-Anlagen betreiben; wenn man so will eine Art Rekommunalisierung, nachdem der Senat jahrelang auf die Firma JCDecaux vertraut hatte.

Wir hoffen jetzt sehr, dass nun zeitnah die Instandsetzung bzw. ein Neubau der Toilette in Mümmelmannsberg stattfindet.

Damit alle MümmelmannsbergerInnen, auch und insbesondere solche, die von Behinderungen oder anderen Einschränkungen betroffen sind, ihre Notdurft unter menschenwürdigen Bedingungen verrichten können!



► **Maureen Schwalke**, Stadtplanungsausschuss/Regionalausschuss Billstedt

Sie sind nicht willkommen!

Nach den negativen Erfahrungen beim G8-Gipfel von 2001 in Genua gilt eigentlich der Grundsatz, dass keine Gipfel auf engem innerstädtischem Raum ausgerichtet werden sollen.

Dennoch planen die Bundesregierung und der Hamburger Senat, den nächsten G20-Gipfel in Hamburg-Mitte stattfinden zu lassen. Die Tagungsorte sollen sowohl in den Messehallen als auch im Rathaus liegen. Gravierende und kostspielige Sicherheitsmaßnahmen werden geplant, die das Leben im Herzen Hamburgs und des Bezirkes Mitte massiv einschränken würden. Für DIE LINKE Hamburg-Mitte drängen sich einige Fragen auf: Welche Rolle spielen diese Gipfeltreffen in der internationalen Politik? Welche Sicherheitsmaßnahmen sind zu erwarten und warum sind diese überhaupt erforderlich? Warum soll der Gipfel in Hamburg-Mitte stattfinden? Was können wir tun, um eine zivile und gerechte Entwicklungsperspektive auf internationaler und stadtpolitischer Ebene zu stärken? Mit diesen Fragen hat sich der Bezirksverband Hamburg-Mitte in einem Antrag an den Landesparteitag der Hamburger LINKEN auseinandergesetzt, den Sie hier lesen können.

»Den G20-Gipfel in Hamburg verhindern – für eine friedliche und gerechte Weltwirtschaftsordnung«

»„Das einzige, was wir nach der Lektüre des Kommuniké sagen können ist, dass wir weiter mit hoher Arbeitslosigkeit rechnen können und die Risiken hoch bleiben“, sagte Tris Sainsbury, Direktor des G20-Zentrums am australischen Lowy-Institut.«

SPIEGEL ONLINE: „Große Probleme, keine Lösungen“ zum letzten G20-Gipfel in China, 05.09.2016

Nach Planung der Bundesregierung und des Hamburger Senats soll der nächste G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg stattfinden. Bei diesen Gipfeln treffen sich, als Reaktion auf die seit 2008 anhaltende tiefe Zivilisationskrise, die Regierungschefs und Finanzminister der 20 wirtschaftsstärksten Nationen sowie zahlreiche Bankchefs wie auch Lobbyisten und inszenieren sich als Weltregierung – ohne jede Legitimation. Sie kommen nicht umhin, einige der großen Probleme dieser Zeit zu behandeln, wie die kriegerischen Eskalationen und Umweltzerstörung. Da sie aber bestrebt sind, die neoliberale (Un-)Ordnung zu retten, indem sie den „Freihandel“ (=Deregulierung) untereinander ausbauen (z.B. mit TTIP und CETA), die Austeritätspolitik forcieren und Lohn- und Steuerdumping verfestigen wollen, haben sie keine Antwort darauf. Die Gipfel sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

Demgegenüber vertritt DIE LINKE die Überwindung des Rechts des Stärkeren und die umfassende Verwirklichung der menschlichen Würde. Das heißt: Frieden und Abrüstung, gute Ernährung und eine Gesundheitsversorgung, die gesund hält, Bildung, die aufklärt, und Kultur, die befreit – für alle Menschen. Dafür engagieren wir uns unter anderem mit der Beteiligung an einem sozialen Gegengipfel der 7 Milli-

arden für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung entscheidet selbst am besten, was für alle gut ist.

Hamburg ist eine weltoffene Hafenstadt mit einer aufgeklärten Universität und starker internationalistischer Arbeiter- und Friedensbewegung. Das kommt unter anderem in der großen Solidarität mit Flüchtlingen und der breiten Ablehnung von Waffenproduktion und -exporten zum Ausdruck. Hier hat sich die Mehrheit der Bevölkerung jüngst für den Rückkauf der Stromnetze in öffentliche Hand und gegen das Kommerz-Olympia des IOC ausgesprochen. Damit hat sie ein internationales Zeichen für (Re-)Kommunalisierung der Daseinsvorsorge, den Ausbau des Sozialstaats und gegen dekadente Großevents gesetzt.

Gegen diese Aufmüpfigkeit versuchen die Handelskammer und der rot-grüne Senat Hamburg weiter zur „Standort-Metropole“ und „Global City“ zuzurichten. Dazu passt die Entscheidung der Bundesregierung, den G20-Gipfel in Hamburg veranstalten zu wollen. Diese Entscheidung ist also eine bewusste Provokation.

Den Gipfel in Hamburg sollen um die 15.000 Polizei- und Bundesgrenzschutzkräfte absichern, Kameras den Innenstadtbereich überwachen und Absperrungen den Verkehr in der Stadt massiv einschränken – ein Szenario, dem die Bevölkerung gerade erst bezogen auf olympische Spiele eine Absage erteilt hat. DIE LINKE fordert den Hamburger Senat auf, die Ausrichtung des G20-Gipfels abzulehnen, auch um die Menschen in dieser Stadt vor den zu erwartenden Eingriffen in ihre Grundrechte und erheblichen Einschränkungen des Lebens zu bewahren.

Um den G20-Gipfel der Hamburger Bevölkerung schmackhaft zu machen, wird seitens des Senates – wie bei Olympia – mit Frieden und Völkerverständigung geworben. Dabei stützt der Senat sich auf die Hamburger Verfassung, wo es heißt: „Sie [die Stadt Hamburg] will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“ Die imperialistischen Umtriebe der G20-Gipfel sind aber das volle Gegenteil dessen!

Um einer humanen Entwicklungsperspektive den Weg zu bahnen, setzt sich DIE LINKE dafür ein, die Hamburger Verfassung real zu verwirklichen, und dass in den internationalen Beziehungen, anstelle der G7 und G20, aufbauend auf dem Völkerrecht, der UN-Menschenrechte-Charta und dem UN-Sozialpakt, die demokratischen Strukturen der Vereinten Nationen ausgebaut und gestärkt werden.

Statt Millionen Euro für einen G20-Gipfel zu verschwenden (in Toronto 2010 waren es 1 Mrd. Dollar), fordert DIE LINKE, diese sinnvoll für die nötigen Investitionen in Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheit, Inklusion, Integration und Infrastruktur zu nutzen. Wir laden Sie herzlich ein, sich in diesem Sinne in der Tradition der Kampagne zur Verhinderung kommerzieller Olympischer Spiele für die Absage des G20-Gipfels in Hamburg-Mitte einzusetzen. Nehmen Sie an Veranstaltungen wie dem geplanten Gegengipfel für Frieden und soziale Gerechtigkeit teil, um eine friedliche und gerechte internationale sowie stadt- und bezirkspolitische Alternative mit zu entwickeln und ihr zum Durchbruch zu verhelfen!

► **Alexander Benthin**, DIE LINKE-Bezirksvorstand Mitte

Ausschuss- und Beiratsmitgliederliste (2016)

Hauptausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
- ▶ 2. Mitglied: Stefan Dührkop

Jugendhilfeausschuss

- ▶ Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ Zugewählte Bürgerin: Anja Post-Martens

Bauausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Steffen Leipnitz
- ▶ 2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipnitz
- ▶ Ständiger Vertreter: Roberto Politz
- ▶ Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Stadtplanungsausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Steffen Leipnitz
- ▶ 2. Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ Ständige Vertreter: Michael Czerwinski
- ▶ Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

Kultur- und Denkmalsausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Ina Morgenroth
- ▶ 2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipnitz
- ▶ Ständiger Vertreter: Tilman Rosenau
- ▶ Ständiger Vertreter: Roberto Politz

Umwelt- und Verkehrsausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ 2. Mitglied: Eva Rozanski
- ▶ Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
- ▶ Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Steffen Leipnitz
- ▶ Ständiger Vertreter: Harald Singler
- ▶ Ständige Vertreterin: Verena Brachvogel

Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

- ▶ 1. Mitglied: Ina Morgenroth
- ▶ 2. Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ Ständige Vertreterin: Christine Detamble-Voss
- ▶ Ständiger Vertreter: Harald Singler

Cityausschuss

- ▶ 1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
- ▶ 2. Mitglied: Steffen Leipnitz
- ▶ Ständige Vertreterin: Ina Morgenroth
- ▶ Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

Regionalausschuss Finkenwerder

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Kerstin Fremder-Sauerbeck
- ▶ Ständiger Vertreter: Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder

- ▶ Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ Ständige Vertreterin: Kerstin Fremder-Sauerbeck

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

- ▶ 1. Mitglied: Stefan Dührkop
- ▶ 2. Mitglied: Christine Wolfram
- ▶ Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
- ▶ Ständiger Vertreter: Michael Czerwinski

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel

- ▶ Mitglied: Manfred Schubert
- ▶ Ständige Vertreterin: Christine Wolfram

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmannsberg

- ▶ 1. Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ 2. Mitglied: Tilman Rosenau
- ▶ Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauss
- ▶ Ständiger Vertreter: Bernd Forkel

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/Mümmelmannsberg

- ▶ Mitglied: Maureen Schwalke
- ▶ Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

- ▶ 1. Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ 2. Mitglied: Marion Fischer
- ▶ Ständiger Vertreter: Harald Singler
- ▶ Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

- ▶ Mitglied: Tim Eckbrett
- ▶ Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Beteiligungsgremien**Entwicklungsraum Billstedt/Horn (Forumsbeirat)**

- ▶ Harald Singler
- ▶ Vertr.: Willi Mittelstedt

Quartier I – Schiffbeker Berg /Legiencenter /Washingtonring

- ▶ Harald Singler

Quartier II – Jenkelweg/Archenholzstraße

- ▶ Wolfgang Strauss
- ▶ Vertr.: Maureen Schwalke

Billstedt S 3 – Mümmelmannsberg

- ▶ Maureen Schwalke
- ▶ Vertr.: Wolfgang Strauss

Osterbrookviertel

- ▶ Marion Fisch

Münzviertel

- ▶ Steffen Leipzig
- ▶ Vertr.: Bernhard Stietz-Leipzig

Marckmannstraße – Nachsorge (Stadtteilrat Rothenburgsort)

- ▶ Frank Rinnert
- ▶ Vertr.: Bernhard Stietz-Leipzig

St. Georg-Mitte

- ▶ Bernhard Stietz-Leipzig
- ▶ Vertr.: Ina Morgenroth

St. Pauli-Nord S 3 – Karolinenviertel (Kernbereich)

- ▶ Bela Rogalla
- ▶ Theresa Jakob

St. Pauli S 5 – Wohlwillstraße

- ▶ Verena Brachvogel
- ▶ Vertr.: Holger Knorr

Veddel – Nachsorge

- ▶ Stefan Dührkop

Wilhelmsburg – Sonderfördergebiet

- ▶ Manfred Schubert

Wilhelmsburg S 5 – Südliches Reiherstiegviertel

- ▶ Jörg von Prondzinski

Wilhelmsburg S 6 – Zentrum (Berta-Kröger-Platz)

- ▶ Christine Wolfram
- ▶ Stellvertreter: Michael Czerwinski

Bürgerforum Hafencity

- ▶ Christine Detamble-Voss
- ▶ Roberto Politz



Foto: Tim Eckbrett

Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

(Stand Dezember 2016)

Bezirksfraktion

Christine Detamble-Voss (Vors.)
christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Stefan »Teddy« Dührkop (stv. Vors.)
stefan.duehrkop@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Tim Eckbrett
tim.eckbrett@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Steffen Leipnitz
steffen.leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Ina Morgenroth
ina.morgenroth@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Tilman Rosenau (Geschäftsführer)
tilman.rosenau@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Maureen Schwalke
maureen.schwalke@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Sie erreichen die Abgeordneten und zubenannte BürgerInnen über die Geschäftsstelle der Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte.

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte
Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg
Tel.: 040) 285769-08
Fax: 040 285769-09
fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de
Öffnungszeiten: Mo.-Do. von 10-15 Uhr
oder nach Vereinbarung

Büro Wilhelmsburg:

Georg-Wilhelm-Straße 7a
21107 Hamburg
Tel.: (040) 328 440 35

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg-Mitte
V.i.S.d.P.: Stefan Dührkop und Tilman Rosenau
Dezember 2016, Auflage 1.000
Satz und Layout: Drucktechnik
Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.